

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

Nr. 403/14 vom 11. Juli 2014

### **Katja Rathje-Hoffmann zu TOP 50: Mischen Sie sich endlich ein, Frau Ministerin**

Es gilt das gesprochene Wort  
Sperrfrist Redebeginn

Dieser Bericht der Landesregierung zur Geburtshilfe und den dazugehörigen Perspektiven schränkt schon gleich zu Beginn deutlich ein, dass er den damit verbundenen Erwartungen in erheblichem Maße nicht gerecht werden kann.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmt leider zu 100 Prozent. Eine der vorher gestellten und wesentlichen Aufgaben war die Erstellung und Erarbeitung eines Konzeptes für die Geburtshilfe in unserem Land. Ein Konzept für ganz Schleswig-Holstein!

So wurde es jedenfalls im Januar während der Debatte um die Schließung der Geburtsstation der Inselklinik Sylt beschlossen.

Fakt ist: Die Folgen des demografischen Wandels in Schleswig-Holstein lassen sich ganz klar im Ausmaß des Geburtenrückgangs ablesen. Seit 1990 sank die Anzahl der Geburten bei uns von 29.140 auf 22.093 im Jahr 2012 – das ist ein Rückgang um 24,2 Prozent.

Dies allein ist schon mal ein schlüssiger Grund, um ein Konzept für die Zukunft der Geburtshilfe und vor allem ein Konzept zur Sicherung der

Geburtshilfe flächendeckend für unser Land zu erstellen. Doch ernüchert müssen wir feststellen, „Nach einem schlüssigem Konzept sieht dieser Bericht nicht aus.“ Das wurde auch schon öffentlich von Fachleuten kritisiert. Fakt ist auch, dass die Geburten zurückgehen und es seit Jahren bei der Geburtshilfe einen Anpassungsprozess gibt.

Mit den Auswirkungen, dass Kliniken und Geburtsabteilungen in Kaltenkirchen, Kappeln, Helgoland, Mölln, Brunsbüttel, Elmshorn, Flensburg-Förde Klinik, Bad Oldesloe und zuletzt Sylt geschlossen worden sind.

Ein fader Beigeschmack entwickelt sich aber beim Lesen des Berichts, dass die Regionen, die bislang die größten Schwierigkeiten mit der zukünftigen geburtshilflichen Versorgung haben oder haben werden - nämlich Nordfriesland mit Sylt und der Norden von Ostholstein mit der Insel Fehmarn - nun zu Modellregionen erhoben wurden.

Mangelhafte Konzepte werden zu Modellen und Modellregionen. Da fragt man sich zu Recht: Für was?

Jede Sozialausschusssitzung des Landtages der letzten Monate beschäftigte sich intensiv mit dem Thema Geburtshilfe entweder auf der Insel Sylt oder mit dem nördlichen Ostholstein. Trotz der wortreichen Vorträge von Klinikvertretern, Landesregierung und Kreisvertretern bleiben nach wie vor eklatante und bedeutsame Punkte ungeklärt. Dies hat zur Folge, dass sich jüngst die Stadt Fehmarn selbst zur unterversorgten Region erklärt hat.

Auch nicht vergessen darf man neben dem Protest der Bürgerinitiative und der Hebammen vor Ort, die Stellungnahme von Herrn Professor Dr. Rolf Kreienberg, einem ausgewiesenen Fachmann in Sachen Geburtshilfe. Er ist Vorsitzender der Leitlinienkommission der Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Medizin in der Fachgesellschaft. Er stellt fest, dass wesentlich längere Fahrtzeiten als 30 Minuten aus geburtshilflicher Sicht problematisch sind. Weiterhin regt er an, dass vor der Schließung der Geburtsstation in Oldenburg ausreichend geklärt werden muss, welche Alternativen noch möglich sind. Und damit hat er Recht! Das muss noch erfolgen!

Und so fordert es der gesamte Ostholsteiner Kreistag einstimmig in seiner Resolution vom 26. März 2014:

„Das keine Schließung der geburtshilflichen Abteilung in Oldenburg erfolgt, bevor das gemeinsam mit den Kostenträgern zu entwickelnde flankierende Sicherheitskonzept u.a. mit den Durchführern des Rettungswesens erörtert

wird und bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden, die Hebammen in das Gesamtkonzept angemessen eingebunden und die Einrichtung eines funktionierenden Gynäkologen- und Hebammennetzwerkes für den ländlichen Bereich geprüft wird und die angekündigten neuen Wege der Kommunikation auch genutzt werden, um vollständige Transparenz durch umfassende Informationen der Betroffenen über das Gesamtkonzept sicherzustellen.“

Und, meine Damen und Herren, vieles davon ist noch nicht ausreichend geschehen und muss vor der Schließung noch erfolgen!

Wir fordern die Klärung der strittigen Punkte, gemeinsam mit allen Beteiligten vor Ort. Dazu gehören meiner Ansicht nach auch die Hebammen, die ihren Ausstieg erklärt haben, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen! Der gemeinsame Antrag ist ein wichtiges Signal für die Schwangeren in Ostholstein! Sie brauchen die Sicherheit für sich und ihre Kinder!

Mischen Sie sich endlich ein Frau Ministerin!  
Für die Menschen in Ihrer Modellregion Ostholstein.